

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 6

SPD

Juni 2020



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

schon im April 2017 hat der Deutsche Bundestag das „Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“ beschlossen. Seither werden Angriffe auf diese Personengruppe schwerer bestraft. Die Täter hat das leider wenig beeindruckt. Unsere Polizei in Stuttgart musste das am Wochenende leidvoll erfahren. Wir sind jetzt alle gefragt. Nicht mit Gesetzen, sondern mit unserem Reden und Handeln. Es geht darum, den Respekt in unserer Gesellschaft wieder herzustellen. Respekt vor der Polizei, aber auch Respekt vor anderen Menschen überhaupt. Denn das steckt hinter solchen hirnlosen Taten. Fehlender Respekt gegenüber anderen und keinerlei Gespür für die normalen Regeln des Zusammenlebens. Hier sind wir nicht nur als politisch Handelnde gefragt. Das ist auch Sache der schweigenden Mehrheit. Alle, die gerne in Stuttgart feiern, müssen solchen Typen klare Ansage machen. Für Verständnis ist hier kein Platz. Wer in unserem demokratischen Rechtsstaat die Polizei angreift, greift uns alle an. Das bedeutet nicht, dass wir nicht auch mit der Polizei kritisch diskutieren können oder zuweilen auch müssen; auch das ist Teil der Demokratie. Diese Demokratie bewahren wir nicht mit immer schärferen Strafen und immer noch mehr Polizeipräsenz. Wir bewahren sie, indem wir Vorbilder sind, den Mund aufmachen und überall dort einschreiten, wo Respekt und Anstand im Umgang mit anderen Menschen fehlen.

Herzliche Grüße

Bürger*innenanfragen

Es ist wieder Kampagnenzeit! Diesmal mit durchaus ungewöhnlichen Themen: Viele Menschen wenden sich gegen die Fernablesbarkeit von Messeinrichtungen (Strom- oder Heizungs-zähler) aus Sorge vor den Strahlen. Jede Menge Mails gibt es gegen die Verlängerung des § 13 b BauGB, der den Kommunen seit zwei Jahren ermöglicht, ihre Bebauungspläne zügiger aufzustellen. Erfreulicher finde ich die Kampagne gegen den Kauf bewaffneter Drohnen. Ein schnellerer Kohleausstieg, die Energiewende und das Selbstbestimmungsgesetz sind weitere Themen, die bewegen. Dauerbrenner bleibt das Konjunkturpaket. Weiterhin kommen Nachfragen zu Geflüchteten in Griechenland, zu Hass und Hetze im Netz, zum bedingungslosen Grundeinkommen, zur Wohnpolitik und zur Unternehmenshaftung. Und natürlich schreiben mir nach wie vor viele Unternehmen, vor allem aus Kunst, Kultur und der Tourismusbranche, die um ihre Existenz bangen.

Impulse für ein gemeinsames europäisches Asylsystem

Im Gespräch mit der AG Migration und Vielfalt der SPD Berlin

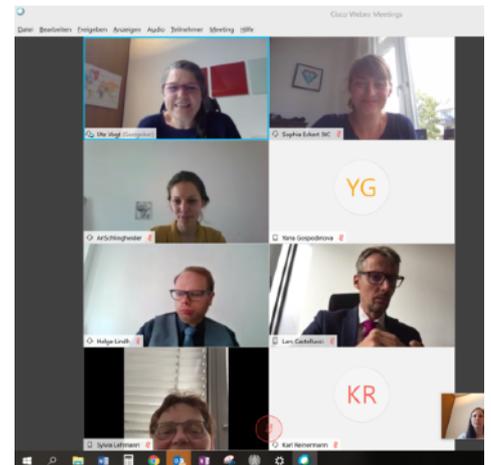
In der letzten Sitzungswoche stand in der Innenpolitik wieder einmal Europa und der Umgang mit Geflüchteten auf der Tagesordnung. Beraten haben wir das nicht nur mit dem Innenminister, sondern per Video-Diskussion auch mit der AG Migration und Vielfalt der SPD Berlin und dem Berliner Innensenator Andreas Geisel. Unser beharrliches Drängen hatte Erfolg! Wir konnten berichten, dass nach



der Aufnahme der ersten 47 Geflüchteten im Mai nun 243 besonders behandlungsbedürftige Kinder mit ihren Familien einreisen dürfen. Zudem kommen auch die 6 Kinder nach, die im Mai wegen Krankheit nicht reisefähig waren. Auch bei anderen europäischen Ländern kommt inzwischen Bewegung in die Aufnahmeprogramme; es stehen derzeit 11 andere Länder zur Aufnahme bereit.

Anliegen der NGOs - Den Personenkreis erweitern

Einen weiteren Austausch haben wir ebenfalls per Video mit Vertreterinnen der Organisationen UNICEF, Save the Children und World Vision organisiert. Sie berichteten von den Zuständen vor Ort und den schwierigen Bedingungen für Flüchtlinge und Hilfsorganisationen. Entsprechend drehte sich das Gespräch um Möglichkeiten, die Situation in Griechenland weiter zu entspannen. Eine wichtige Bitte war, dass wir die vielen sehr jungen Männer aus Afghanistan nicht aus dem Blick verlieren. Diese können selten bei Aufnahmeaktionen ausreisen, sind aber oft sehr schutzbedürftig, weil sie vor der Rekrutierung durch die Taliban geflohen sind, die Jungen ab 12 Jahren verpflichten.



Vor der Pressekonferenz mit Lars Castellucci



Die humanitäre Aufnahme der Kinder war wichtig, aber wir brauchen für Griechenland und die anderen Länder an den europäischen Außengrenzen eine Lösung auf Dauer. Ab dem 1. Juli hat Deutschland die Ratspräsidentschaft in der EU. Wir wollen, dass die Bundesregierung diese Chance nutzt, um die Weichen für ein gemeinsames europäisches Asylsystem zu stellen. Auf Initiative der AG Innen haben wir in der SPD-Bundestagsfraktion unsere Grundlinien dazu in einem [Positionspapier](#) dargelegt. Unsere Vorschläge werden wir mit Abgeordneten aus anderen europäischen Parlamenten diskutieren und natürlich ist diese Position auch ein guter Leitfaden für die Verhandlungen in der Bundesregierung. Seit

Wochen bekomme ich aus Stuttgart viele Briefe und E-Mails, die sich für die Aufnahme von Flüchtlingen von den griechischen Inseln einsetzen. Nur vereinzelt gibt es Zuschriften, die sich vehement dagegen aussprechen. Das zeigt, dass die Bereitschaft zur Hilfe da ist. Sie wird auf Dauer nur bleiben, wenn wir in Europa solidarisch sind und die Verantwortung gemeinsam tragen. Im „Vorwärts“ habe ich weitere Details in einem kurzen [Interview](#) beschrieben.

Neuer Aufwind - Unser Konjunkturpaket !

Auch wenn die jüngsten Fälle in Peking und Gütersloh deutlich machen, dass die Pandemie noch lange nicht vorüber ist: Nach und nach kehrt in Deutschland mehr Alltag ein. Egal, ob in der Freizeit im Park oder im Lieblingscafé. Es wird noch eine ganze Weile dauern, bis in allen Lebensbereichen Normalität eintritt. Um diese zu schaffen, haben wir unser **130 Milliarden** schweres Konjunkturpaket auf den Weg gebracht. Und der Maßnahmenkatalog ist lang, aber eben nicht willkürlich.

Gezielt kurbeln wir die Wirtschaft an, indem wir die **Mehrwertsteuer** auf 16 bzw. 5 Prozent absenken. Beschäftigten und Unternehmen geben wir mit der „**Sozialgarantie 2021**“ mehr Planungssicherheit, indem wir die Sozialversicherungsbeiträge auf maximal 40 Prozent bis 2021 stabilisieren. Wenn trotz aller Hilfen Unternehmen **Insolvenz** anmelden müssen, soll ein schneller **Neustart** durch ein auf 3 Jahre verkürztes Entschuldungs-verfahren für natürliche Personen ermöglicht werden. Wir unterstützen Familien mit einem einmaligen **Bonus von 300 Euro** pro Kind und für Alleinerziehende erhöhen wir den **Entlastungsbeitrag** von derzeit 1.908 Euro auf 4.000 Euro.

Der Bund wird die Länder im Jahr 2020 bei der Finanzierung des **ÖPNV** unterstützen. Dazu werden einmalig die Regionalisierungsmittel in 2020 um 2,5 Milliarden Euro erhöht.

Besonders wichtig sind uns auch die Investitionen in eine solidarische, klimafreundliche und moderne Zukunft für unser Land. Ab 2021 investieren wir beispielsweise 11 Milliarden Euro, damit die **EEG-Umlage** die nächsten zwei Jahre sinkt.

Für den **Ausbau der Kindertagesbetreuung** wird zusätzlich eine Milliarde Euro für die Jahre 2020 und 2021 bereitgestellt.



Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft muss es jetzt darum gehen, einen **europäischen Weg** bis zum Jahresende auszuarbeiten. Schließlich unterstützen wir **Entwicklungs- und Schwellenländern** bis Ende 2021 mit 3 Milliarden Euro.

Einen längeren Bericht zum Konjunkturpaket gibt es auch in unserer neuen Ausgabe „[Fraktion intern](#)“. Neben dem Konjunkturpaket wird über das Kurzarbeitergeld berichtet und eine Zwischenbilanz über die bisherigen Hilfen gezogen. Wer sich noch weitergehende Informationen wünscht, kann sich auf der tagesaktuellen Seite vom [Bundesfinanzministerium](#) umsehen oder einen Blick in das [Ergebnis des Koalitionsausschusses](#) vom 3. Juni werfen.

... und die Länder müssen mitziehen !



Blick auf das Zentrum von Stuttgart



Wiesenblick auf die Kuppel vom Reichstagsgebäude



Blick in Stuttgarts Norden

Im Übrigen ist es beschämend, dass die schwarz-grüne Landesregierung in Baden-Württemberg angekündigt hat, die Beratungen für ein Landes-Konjunkturprogramm auf den Herbst zu verschieben. Der SPD-Landesvorsitzende Andi Stoch kritisiert zu Recht: „Während der Bund ein Konjunkturprogramm von historischem Ausmaß auf die Beine gestellt hat, kann sich die zerstrittene Landesregierung zu keiner gemeinsamen Konjunkturstrategie durchringen. Für all diejenigen, die derzeit um ihre wirtschaftliche Existenz fürchten, ist das eine bittere Nachricht. Der Bund hat doch nicht geliefert, damit die Landesregierung in die Sommerpause gehen kann!“. Er fordert, dass die Beratungen noch vor der Sommerpause und mit dem ganzen Landtag beginnen.

Körner für Stuttgart



Martin Körner ist unser Kandidat für die OB-Wahl in Stuttgart am 8. November. Als Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat ist er ganz nah am kommunalen Geschehen und hat die ganze Stadt im Blick. Über Pfingsten war er in einzelnen Stadtteilen auf Tour. Beim Treffen mit der Wirtschafts- und Industrievereinigung ging es vor allem um die Zukunft des größten Stuttgarter Gewerbegebiets - dem Synergiepark Vaihingen/Möhringen - dort soll die Beschäftigtenzahl im kommenden Jahr verdoppelt werden. Ein Vorhaben, das besonders jetzt unterstützt werden sollte. Bei seinem Besuch der Uni Hohenheim mit ihren beiden Schwerpunkten „Bioökonomie und digitale Transformation“ sprach er über die Weiterentwicklung des Campus. Diese Woche geht es für den Finanzfachmann nochmals nach Birkach/Plieningen, wo er das Pallotti-Areal, die Jugendfarm sowie die Inklusionskneipe

Krone-Gästehaus Andrea besucht. Die Impressionen aus seiner Stadtteiltour teilt Martin Körner via Facebook und Instagram oder auch auf seiner [Homepage](#). Bei seinem wöchentlichen Format „[Körner am Montag](#)“ kommt er ins Gespräch mit Stuttgarter Persönlichkeiten und unterhält sich über aktuelle und relevante Themen.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

